Steuern

Ein systematischer Grundriss

von

Dr. Reinhold Beiser

Universitätsprofessor in Innsbruck

12., überarbeitete Auflage Stand 20. Juli 2014

Wien 2014

facultas.wuv

Vorw	ort zur zwölften Auflage	5
Abkü	rzungsverzeichnis	17
	Begriff, Funktion und System	
Steue	ern	23
Die E	ertragsteuern im Licht der Grundfreiheiten des AEUV	23
1.	Die Abgabenautonomie der Mitgliedstaaten	23
2.	Die Grundfreiheiten des AEUV	24
3.	Die Begrenzung der nationalen Steuerautonomie durch die Grundfreiheiten des AEUV	24
	Die Einkommensteuer	
I.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip – Markteinkommensbesteuerung	26
1.	Der historische Ursprung – die finanzwissenschaftliche Basis	26
2.	Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes	27
3.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der Lehre	29
4.	Die Progression	33
5.	Die Periodisierung	35
6.	Leistungsfähigkeit, Periodisierung und Progression	37
7.	Das Konzept der relativen Sicherheit	38
8.	Liebhaberei	40
9.	Einkünftezurechnung	42
10.	Territorialitätsprinzip	43
II.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht (§ 1)	45
III.	Steuergegenstand	50
1.	Einkommen, Einkünfte, Einkunftsarten	50
2.	Verlustausgleichssperren	51
3.	Die sieben Einkunftsarten	52
4.	Abzugsverbote (§ 20)	79
5.	Das subjektive Nettoprinzip	81
6.	Außergewöhnliche Belastungen und Kinderlasten	82
7.	Jahressteuer – Periodenprinzip	84
8.	Sonderausgaben	85
IV.	Tarif	86
1.	Der progressive Staffeltarif nach § 33	86
2.	Absetzbeträge	87
2a.	Die neue Pendlerförderung ab 2013	87
3	Halber Durchschnittssteuersatz	91

IX.	Doppelbesteuerungsabkommen	. 172
VIII.	Die beschränkte Steuerpflicht (§§ 98 ff)	. 169
7.	Die Einkünftefeststellung (§ 188·BAO)	
6.	Außerbetriebliche Personengesellschaften/Personengemeinschaften	. 166
5.	Die Abgrenzung von Mitunternehmerschaften	
4.	Die Hinzurechnungsregel	
3.	Die "Bilanzbündeltheorie" und Ergänzungsbilanzen	
2.	Der Grundsatz der geringsten gewerblichen Tätigkeit	
1.	Das Durchgriffsprinzip	
VII.	Personengesellschaften	
11.		
	Übertragung stiller Reserven (§ 12)	
9. 10.		
8. 9.	Rückstellungen (§ 9)	
7. 8.	Absetzung für Abnutzung (§§ 7, 8 und 13)	
o. 7.	Die Bewertung (§ 6)	
5. 6.	Die Grundsätze der Bilanzierung	
4. 5	Die Gewinnermittlungsarten	
3. 4	Betriebsvermögen und Privatvermögen	
2.	Entnahmen und Einlagen	
V1. l.	Der Vermögensvergleich als Periodisierungsprinzip	
VI.	Die Gewinnermittlung durch Vermögensvergleich (Bilanzierung)	
11.	Nachzahlungstatbestände	
10.	Einnahmen-Ausgaben-Rechner (§ 4 Abs 3)	
9.	Erfolgsneutrale Vermögensumschichtungen	
8.	Verteilung von Vorauszahlungen	
7.	Kurze-Zeit-Regel für regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben	
6.	Abfluss	
5.	Vorauszahlungen	
4.	Vorausverfügungen	
2. 3.	Zufluss-Abfluss	
1. 2.	Zwei Prinzipien der Periodenzurechnung	
v. 1.	Jahressteuer	
V.	Das Zufluss-Abfluss-Prinzip	98
12.	Sozial- und lenkungspolitische Maßnahmen	
11.	Schulderlass in Insolvenzverfahren (§ 36)	96
10.	Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung (Art 7 B-VG)	94
9.	Lineare Steuer nach § 27a und § 30a	94
8.	Lohnsteuer	
7.	Verteilung auf mehrere Jahre ("Mehrperiodenbesteuerung")	
5. 6.	Fünftelbefreiung und Halbsatz	
5.	Fixsteuersatz	
4.	Anwendungsfälle für den halben Durchschnittssteuersatz	92

X.	Veranlagung	
1.	Steuererklärungspflicht	
2. ,	Veranlagung auf Antrag	
3.	Einkommensteuerbescheid	175
XI.	Finanzpolitische Einordnung	176
	Die Körperschaftsteuer	
I.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	. 177
1.	Steuersubjekt	
2.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	
3.	Geschäftsleitung oder Sitz als Auslöser unbeschränkter Steuerpflicht	
4.	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	
5.	Nichtrechtsfähige Zweckvermögen (§ 3)	
6.	Zwei Arten der beschränkten Steuerpflicht	. 180
7.	Gemeinnützige und mildtätige Körperschaften sowie	
	Kirchen und Religionsgemeinschaften	. 181
8.	Beginn und Ende der Steuerpflicht (§ 4)	. 184
II.	Einkommen, Einkommensermittlung	. 185
1.	Periodenprinzip, Einkunftsart, Gewinnermittlung	. 185
2.	Einlagen und Einlagenrückzahlungen	. 186
3.	Offene und verdeckte Gewinnausschüttungen	
III.	Die Beteiligungsertragsbefreiung/Schachtelbefreiung (§ 10)	. 190
1.	Ausschüttungen innerhalb von Österreich	
·2.	Ausschüttungen vom Ausland nach Österreich	
3.	Ausschüttungen von Österreich ins Ausland	. 195
IV.	Die Gruppenbesteuerung	. 196
1.	Die individuelle Gewinnermittlung	
2.	Die Gruppenmitglieder	. 196
3.	Der Gruppenträger	. 197
4.	Die qualifizierte Beteiligung	
5.	Die Dauer der qualifizierten Beteiligung	
6.	Die Mindestdauer der Unternehmensgruppe	. 200
7.	Die Erfolgskonsolidierung	. 200
8.	Der Steuerausgleich	. 202
9.	Teilwertabschreibungen und Firmenwertabschreibungen	204
10.	Der Gruppenantrag (§ 9 Abs 8 KStG)	206
11.	Änderungen einer Unternehmensgruppe (§ 9 Abs 9 KStG)	
12.	Die Firmenwertabschreibung bei ausländischen Gruppenmitgliedern -	
	drei Optionen	207
V.	Sonderausgaben, Abzüge und Abzugsverbote (§§ 8 Abs 4, 11 und 12)	210
1.	Sonderausgaben, Verlustabzug, Mantelkauf (§ 8 Abs 4)	
2.	Abzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben (§ 11)	212
3.	Nichtabzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben	
	<u> </u>	

VI.	Privatstiftungen (§ 13)	215
1.	Die Grundstruktur	
2.	Die Stiftungseingangssteuer	
3.	Die Art der Einkunftsermittlung	
4.	Die Besteuerung	
5.	Substanzauszahlungen	
6.	Widerruf	
7.	Die Vorteile in der laufenden Besteuerung.	
8.	Die Differenzierung zwischen Alt- und Neusubstanz	
VII.	Tarif und Veranlagung	
l.	Linearer Regelsteuersatz (25 %)	
2.	10.000€ Freibetrag für gemeinnützige/mildtätige/kirchliche Körperschaften	
3.	Sanierungsgewinne (§ 23a)	
4.	Mindestkörperschaftsteuer	
5.	Erklärung, Veranlagung, Vorauszahlungen	
VIII.	Finanzpolitische Einordnung	223
Die B	esteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften im Vergleich	224
	Das Umgründungssteuergesetz	
I.	Formwechselnde Umwandlungen	231
 II.	Die Gewinnrealisierung bei anderen Umwandlungen	
111.	Die steuerlichen Erleichterungen nach dem Umgründungssteuergesetz	
IV.	Einbringung (Artikel III UmgrStG)	
1.	Die Einbringung eines Einzelunternehmens in eine Kapitalgesellschaft	
2.	Die Buchwerteinbringung	
3.	Das Wahlrecht in der Unternehmensbilanz	
4.	Die Kapitalrücklage	
5.	Einlagenstand und Einlagenrückzahlung (§ 4 Abs 12 EStG)	
6. 7.	Die Zwei-Schranken-Theorie	239
1.	des Einbringenden	240
8.	Ausschüttungen über den Einlagenstand hinaus	
6. 9.	Das Zurückbehalten von Wirtschaftsgütern	
). 10.	Die "Hälfte-Buchentnahme" (§ 16 Abs 5 UmgrStG)	
11.	Verträge zwischen dem Einbringenden und der übernehmenden	273
11.	Körperschaft (§ 18 UmgrStG)	245
12.	Die dreifache Begünstigung von Einbringungen	
13.	"Überentnahmen"	
V.	Verschmelzung (Artikel I UmgrStG)	248
VI.	Spaltung (Artikel VI UmgrStG)	251
1.	Aufspaltung	
2.	Abspaltung	

VII.	Umwandlung (Artikel II UmgrStG)	255
VIII.	Zusammenschluss (Artikel IV UmgrStG)	258
IX.	Realteilung (Artikel V UmgrStG)	262
X.	Mehrfachzüge (§ 39 UmgrStG)	264
XI.	Vertragsübernahme und Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse	
	(§§ 41 und 42 UmgrStG)	264
1.	Vertragsübernahme	
2.	Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse	265
XII.	Anzeige- und Evidenzpflicht (§ 43)	265
1.	Adressaten der Offenlegung	265
2.	Offenlegungsfrist	
3.	Umgründungsevidenz auf Gesellschafterebene	265
	Die Umsatzsteuer	
I.	Das Besteuerungskonzept	266
II.	Mehrwertsteuer contra Bruttoumsatzsteuer	266
1.	Bruttoumsatzsteuer	
2.	Nachteile der Bruttoumsatzsteuer	
3.	Mehrwertsteuer	
4.	Vorteile der Mehrwertsteuer	
5.	Nachteile der Mehrwertsteuer	
6.	Systemwidrigkeit	
7.	Merkmale der Umsatzsteuer	
III.	Der Unternehmer (§ 2 UStG)	271
1.	Drei Merkmale	
2.		
3.	Nachhaltigkeit Einnahmenerzielung und wechselseitige finale Verknüpfung	273
4.	Zinseinnahmen	
5.	Ausschüttungen, Mitgliederpflege und Hoheitsverwaltung	275
6.	Liebhaberei	275
7.	Anlaufphase	
8.	Juristische Personen und Personengesellschaften	
9.	Körperschaften öffentlichen Rechts	270
10.	Weltunternehmer	
11.	Organschaft	
12. 13.	Circumschaft Eine Kurzbeschreibung der Unternehmerqualität	
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
IV.	Lieferungen und sonstige Leistungen	282
1.	Lieferungen und sonstige Leistungen mit Leistungsort Österreich	282
2.	Die Bestimmung des Leistungsgegenstandes	282
3.	Leistungsaustausch oder Schadenersatz	288

V.	Die Bemessungsgrundlage bei Lieferungen und sonstigen Leistungen	292
1.	Das Entgelt	
2.	Entgeltsminderungen	
3.	Entgelt von dritter Seite	
4.	Pauschales Entgelt	
5. ·	Die Differenzbesteuerung	295
6.	Der Normalwert	297
VI.	Der Eigenverbrauch	
1.	Der Konsum von Unternehmern aus ihren Unternehmen	297
2.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis ("Kosten-USt") für unentgeltlich erbrachte	
	Lieferungen und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	299
3.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis ("Kosten-USt") für unentgeltliche	
	Lieferungen an Konsumenten	300
4.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis ("Kosten-USt") für unentgeltliche	
	Lieferungen an andere Unternehmer	301
VII.	Einfuhren	301
VIII.	Der Leistungsort	301
1.	Der Lieferort	
2.	Ort sonstiger Leistungen (§ 3a)	
IX.	Der Vorsteuerabzug	308
1.	Die Unternehmerkette	
2.	Drei Voraussetzungen	
3.	Die Zuordnung zur Unternehmenssphäre mit Vorsteuerabzug	
4.	Umsatzsteuerbefreiungen (§ 12 Abs 3)	
5.	Die Verwendung der Leistungsbezüge	
6.	Erleichterung des Vorsteuerabzugs bei Reisekosten (§ 13 UStG)	
7.	Vorsteuerabzug nach Durchschnittssätzen (§ 14 UStG)	
8.	Der doppelte Vorsteuerfilter bei Leistungsbezügen in einem anderen	
•	Mitgliedstaat (§ 21 Abs 9 und 11)	325
X.	Rechnungen (§ 11)	326
1.	Voraussetzung für den Vorsteuerabzug	
2.	Mehrwertsteuergerechte Rechnungen	
3.	Anzahlungen	
4.	Reverse Charge-Rechnungen (§ 11 Abs 1a und § 19 Abs 1 bis Abs 1e)	
5.	Kleinbetragsrechnungen	
6.	Gutschriften	
7.	Unrichtiger USt-Ausweis	
8.	Berichtigung von unrichtigen Rechnungen	
9.	Unberechtigter Steuerausweis	
10.	Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 16)	
11.	Rechnungsberichtigung aufgrund von Entgeltsänderungen	
12.	Preisnachlassgutscheine/Preiserstattungsgutscheine	
XI.	Echte und unechte Befreiungen (§§ 6 ff)	334

XII.	Steuersätze (§ 10)	339
XIII.	Die Binnenmarktregelung	340
1.	Wegfall der Grenzen innerhalb der EU	340
2.	Übergangsregelung für die Besteuerung des Handels zwischen den	
Mitglie	edstaaten	341
3.	Innergemeinschaftliche Lieferungen und innergemeinschaftliche Erwerbe	
	nenhandel zwischen Unternehmern	
4.	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UID)	
5.	Ursprungslandprinzip bei Konsumenten	
6.	Versandhandel	
7.	Schwellenerwerber	
8.	Zusammenfassende Meldung (ZM)	
9. 10.	Übersicht Sonderfälle	
10.	Mini-One-Stop-Shops (§ 3a Abs 13 iV mit § 25a und Art 25a)	
11.		
XIV.	Das Einhebungsverfahren	355
XV.	Ausländische Unternehmer	358
1.	Einbehaltungspflicht nach § 27 Abs 4	
2.	"Reverse Charge" ("Zahllastumkehr") nach § 19 Abs 1	
3.	Vorsteuerabzug für ausländische Unternehmer	
4.	Betriebsstätte	
XVI.	Finanzpolitische Einordnung	360
	Die Grunderwerbsteuer	
	Der Steuergegenstand	261
I. 1.	Die grunderwerbsteuerbaren Vorgänge (§ 1)	
2.	Inländische Grundstücke (§ 2)	
3.		
	Ausnahmen von der Besteuerung (§ 3)	
II.	Die Bemessungsgrundlage (§§ 4 bis 6)	367
	emeine Wert des Grundstückes als Ersatz- und Mindestbemessungs- lage	368
Übers	icht über die GrESt-Bemessung	370
III.	Der Steuersatz (§ 7)	
IV.	Steuerschuld und Steuerschuldner (§§ 8 ff):	
V.	Nichtfestsetzung oder Abänderung der GrESt (§ 17)	
VI.	Verhältnis zur Umsatzsteuer	
VII.	Finanzpolitische Einordnung	

Die Meldepflicht für Schenkungen nach dem Schenkungsmeldegesetz 2008 (SchenkMG 2008)

I.	Schenkungssteuer	. 375
II.	Die Meldepflicht für Schenkungen ab 1. August 2008 nach § 121a BAO	
III.	Die sachliche Reichweite der Meldepflicht	
IV.	Die persönlichen Meldepflichtkriterien	
V.	Befreiungen	
VI.	Die Anzeigepflichtigen	
VII.	Keine Meldepflicht für Erwerbe von Todes wegen und für Grundstücksschenkungen	
VIII.	Sanktionen bei einer Verletzung der Meldepflicht nach § 121a BAO	. 377
	Die Gesellschaftsteuer	
I.	Steuergegenstand: Die Kapitalausstattung inländischer	
•	Kapitalgesellschaften	
1. 2.	Kapitalgesellschaften iSd § 4 KVG Besteuerung von Bar- und Sacheinlagen (§ 2)	
3.	Gesellschafterarbeit ist nicht steuerbar	
4.	Die steuerbaren Gesellschaftsrechte (§ 5)	
II.	Befreiungen (§ 6)	. 381
III.	Organschaft	. 381
IV.	Großmutterzuschüsse	. 382
V.	Umgründungen	. 382
VI.	Steuerschuld	. 383
VII.	Steuererklärung (§ 10)	384
VIII.	Auslaufen mit 31.12.2015	. 384
IX.	Finanzpolitische Einordnung	384
	Die Gebühren nach dem GebG 1957	
I.	Die Gebührentatbestände im Überblick	385
1.	Feste Gebühren; Hundertsatzgebühren; Bogengebühren	
2.	Die gebührenauslösenden Schriften und Amtshandlungen (§ 14)	
3.	Die Gebühren für Rechtsgeschäfte	386
Die ta	xative Aufzählung der gebührenpflichtigen Rechtsgeschäfte in § 33 GebG	388
II.	Befreiungen	391

III.	Die Gebühren im Verhältnis zu anderen Verkehrsteuern	391
I V. 1. 2.	Anzeigepflicht; Selbstberechnung. Anzeigepflicht (§ 31)	393
V. ·	Gebührenerhöhung (§ 9)	393
VI.	Verjährung	393
VII.	Keine Finanzstrafen	393
VIII.	Besteuerungswillkür und Erschwerung der Beweisvorsorge	393
IX.	Finanzpolitische Einordnung	
	Das Abgabenverfahren	
I.	Zuständigkeit	395
1.	Der organisatorische Aufbau der Bundesfinanzverwaltung	
2.	Sachliche Zuständigkeit	
3.	Örtliche Zuständigkeit	396
II.	Der Informationsfluss vom Abgabepflichtigen zur Abgabenbehörde	397
III.	Der Abgabenbescheid (§§ 92 ff)	
1.	Schriftform	
2.	Bescheidkopf	
3.	Bescheidspruch	
4.	Bescheidbegründung	
5.	Rechtsmittelbelehrung	401
IV.	Der Auskunftsbescheid (§ 118)	401
V.	Die Beschwerde	401
1.	Bescheidzustellung	
2.	Beschwerdefrist	402
3.	Beschwerdeinhalt	
4.	Keine aufschiebende Wirkung	403
5.	Aussetzung der Einhebung; Aussetzungszinsen, Beschwerdezinsen,	
_	Anspruchszinsen, Stundungszinsen	
6.	Neues Vorbringen	
7.	Beschwerdevorentscheidungen	
8.	Freie Beweisführung; freie Beweiswürdigung	
9.	Die Maßnahmenbeschwerde	
VI.	Das Bundesfinanzgericht (BFG)	407
1.	Ein faires Verfahren	
2.	Das BFG als vorlageberechtigtes Gericht nach Art 267 AEUV	
3.	Einzelrichter oder Senat	
4.	Mündliche Verhandlungen	
5	Erlöschen der Aussetzung der Einhebung	411

6. 7. 8.	Veröffentlichung der Entscheidungen	411
VII. 1. 2. 3. 4. 5.	Revision an den Verwaltungsgerichtshof (Art 133 B-VG) Die Revision Begrenzte Sachverhaltskontrolle Neuerungsverbot Revisionspunkte Entscheidungen	411 411 412 412 413
VIII.	Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (Art 144 B-VG)	414
1X. 1. 2. 3. 4.	Die Verjährung Die Festsetzungsverjährung/Bemessungsverjährung Die Einhebungsverjährung Streitanhängige Abgaben verjähren nicht. Wiederaufnahmesperre durch Verjährung	414 415 416
X. 1. 2. 3.	Rechtskraftdurchbrechungen Bescheidaufhebung durch die I. Instanz (§ 299 BAO) Ereignisse mit Rückwirkung für die Vergangenheit (§ 295a BAO) Wiederaufnahme von Verfahren (§ 303 BAO)	417 418
XI.	Wiedereinsetzungsantrag	421
XII. 1. 2. 3.	Entscheidungspflicht/Recht auf Entscheidung Säumnisbeschwerde Die Aussetzung der Entscheidung Fristsetzungsantrag beim Verwaltungsgerichtshof	422 423
XIII.	Verfahrenskosten	423
XIV.	Einheitliches Abgabenverfahren – Bundesabgabenordnung neu	424
Verzeichnis der verarbeiteten EuGH-Judikatur		